

# Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck und Verlag der E. Meißner'schen Buchdruckerei (Inhaber D. Strom) für die Schriftleitung verantwortlich D. Strom in Neuenbürg.

Abzugspreis:

Die eins. Beilage oder deren Raum im Bezirk 20, außerh. 25 Goldpf., Arkl.-Zelle 50 Goldpf., m. Inf.-Steuer. Kollekt.-Abzug 100%. Zustellung, Offerte und Annoncen-erteilung 20 Goldpf. Bei größeren Aufträgen Rabatt, der im Falle des Mahnerfahrens hinfällig wird, ebenso wenn Zahlung nicht innerhalb 14 Tagen nach Rechnungsdatum erfolgt. Bei Tarifveränderungen treten sofort alle früheren Vereinbarungen außer Kraft. Fernsprecher Nr. 4. Für telefonische Bestellungen übernimmt.

Abzugspreis:

Sollmonat in Neuenbürg 75 Goldpf. Durch die Post ins Orts- u. Oberamtsbereich, sowie im sonst. im Werk 95 Goldpf. m. Postzuschlag. Preise für Anzeigen, Nachdruckung vorbehalten. Preis einer Nummer 10 Goldpf.

In Fällen d. Gewalt behält sich Anspruch auf Ersetzung der Zeitung ab, auf Sicherstellung des Bezugspreises.

Abbestellungen nehmen alle Postämter, sowie Agenturen u. Anzeigenstellen jederzeit entgegen.

Preis-Nr. 24  
O. E. Meißner'sche Buchdruckerei

72

Samstag, den 27. März 1926.

84. Jahrgang.

## Politische Wochenrundschau.

Der württembergische Landtag ist in dieser Woche zu einer kurzen, aber wichtigen Sitzung zusammengetreten. Die Baufrage ist die letzte Sitzung im Januar war groß und durch die Krankheit des Staatspräsidenten veranlaßt, der sich aber nunmehr wieder noch nicht völligen Genesung dem Landtag zu Verfügung stellt, um die Erledigung der Staatsvereinsangelegenheiten und des Staatshaushaltsgesetzes nicht länger mehr zu verzögern. Am ersten Sitzungstag beschäftigte sich der Landtag wieder mit Austräumungsarbeiten von der letzten Sitzung her. Nicht weniger als drei Haushaltsgesetze zum Etat von 1926 wurden angenommen. Dazu Antworten der Regierung auf zusammen 21 Kleine Anfragen, die im Laufe der letzten Woche an die Regierung gerichtet worden waren, angenommen. Interessant waren dabei die Regierungsentwürfe auf zwei Anfragen, die sich mit verfassungswidrigen Stellenbesetzungen und zwar in Ehingen a. D., wo man dem Gewerbetreibenden die Stadtdirektorenstelle die Annahme eines Abgeordnetenmandats verbot, und in Harbach, wo bei der Erneuerung um den Stadtdirektorposten nachholten von vorn herein ausgeschlossen wurden, betrafen. In beiden Fällen sollte eine ganz unglückliche Unterweisung der Reichsregierung der öffentlichen Körperlichkeiten heraus und in beiden Fällen mußte das zuständige Ministerium durch das Oberamt einwirken, um die Regierung der geschiedenen Verhältnisse das Verbot zu veranlassen. Das Hauptinteresse der Landtagssitzungen beanspruchte natürlich die Generaldebatte zum Etat und den damit verbundenen Staatsvereinsangelegenheiten, in der alles, was sich seit Verabschiedung des letzten Etats an Wünschen und Beschwerden, an Lob und Tadel erhoben hatte, der Regierung und der Öffentlichkeit vorgetragen wurde.

Das Volksbegehren zur Entrennung der Fürsten ist nun abgeschlossen und hat in Württemberg die Zahl von 480 000 gleich 87 Prozent ergeben. Bei der letzten Wahl hatten die Stimmen der beiden sozialistischen Parteien zusammen 396 000 betragen, so daß also beim Volksbegehren ein anschließender Zusatz von 144 000 erfolgt ist. Die Gesamtsumme der im Reich abgegebenen Stimmen ist noch nicht endgültig festgestellt, wird aber auf über 12 Millionen geschätzt, so daß also die erforderliche Mindestzahl von 4 Millionen gleich ein Zehntel der Wahlberechtigten weit überschritten ist. Das nächste ist nun, daß die Reichsregierung einen dem Volksbegehren entsprechenden Gesetzesentwurf auf völlige Entrennung der Fürsten dem Reichstag vorlegen muß. Rebut der Reichstag den Entwurf so zu beschließen, daß der Volksbegehren vorzuliegen.

Wohlwäterische Kundgebungen fanden am letzten Sonntag im Rheinland zur Feier der Befreiung der Kölner Dom von französischer Besatzung statt. Die Feier in den Hauptstädten Köln, Bonn und Aachen war ausgezeichnet durch die Anwesenheit des Reichspräsidenten Hindenburg und zahlreicher Mitglieder des Reiches, Preussens und anderer deutscher Länder. Immer erscheint der Rhein in unserer Geschichte als unser Schicksalsstrom. Noch vor zwei Jahren schien es, als ob Frankreichs Rheinlande in Erfüllung gingen und der Rhein nur mehr Deutschlands Grenze werden sollte. Aber das Blatt hat sich gewandt, der Rhein ist wieder frei, wenn auch vorerst nur zu einem Teil, und die Westfront Frankreichs auf eine lange Weile der linken Rheinseite, wie es Voltaire vorwies, ist noch Abschlus des Locarno-Vertrags wohl für immer unmöglich gemacht.

Die deutsche Delegation von Genf hat sich nach ihrer Rückkehr sofort dem Reichstag gestellt. Stresemann konnte darauf bestehen, daß ohne Locarno das rheinische Volk in diesen Tagen nicht seine Befreiung feiern hätte begreifen können. Die Tagung folgte dem Locarno-Vertrags ist nun der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund. Wenn dieses Ziel auf der Weltfriedenskonferenz nicht erreicht wurde, so trifft nicht Deutschland die Schuld, das sich ganz neutral verhalten hat. Stresemann und Luther verdeutlichte die Haltung der deutschen Delegation mit großer Energie und beschränkt, daß die Delegation von ihren Richtlinien abgewichen sei; trotz des erfolgreichen Abbruchs der Verhandlungen, der allein zu Kosten der Deutschen falle, sei Deutschland gefahrt in der öffentlichen Meinung der Welt zurückgeführt. Der Reichstag stimmte dann in seiner überwiegenden Mehrheit, die Regierungsparteien und die Sozialdemokratie, der antwortigen Regierungspolitik zu und billigte die Haltung der Delegation. Die Mißtrauensentwürfe der Deutschnationalen wurden abgelehnt. Die Stellung der Reichsregierung ist nun bis zu den Herbstverhandlungen des Völkerbundes, bei denen die Aufnahme Deutschlands endgültig erfolgen soll, gesichert.

## Deutschland.

Dresden, 25. März. Der frühere kommunistische Volksstammesführer Haube, der nach Riesenbrunn bei der C. u. K. Exekution hingerichtet wurde, ist wie die „Volksstimme“ meldet, in Württemberg verurteilt worden.

Aus dem Steuerantrag des Reichstags.  
Berlin, 25. März. Der Steuerantrag des Reichstags vom 1. März ist der Kommission über das Steuerkompromiß fort. Herr Dreyer (Dn.) legte einen neuen Entwurf vor, der dem Reichstag vor, der darauf hinweist, die Einkommensteuer mit 4 Prozent auszuheben zu erhalten, dafür aber die Vermögenssteuer mit 4 Prozent der Einkommensteuer zu senken (3 Prozent zu Gunsten des Mieters) und 3 Prozent zu Gunsten des Vermieters) und die Länder aus der Umsatzsteuer und den Staatsmitteln zu entlasten. — Staatssekretär Bode erklärte, die Regierung habe nach wie vor ihren Gesetzentwurf aufrecht mit den von den Regierungsparteien vorgeschlagenen Veränderungen. Soeben wurde ein Antrag Dr. Dreyer (Soz.) überreicht zur Abän-

derung des Finanzausgleichs in der Richtung, daß die Rente bis zum 1. April 1927 nicht über 100 Prozent der Friedensrente erhöht werden dürfe. Dieser Antrag bietet die Möglichkeit, daß die Regierung ihm zustimme. Abg. Reil (Soz.) begründete den Antrag. Abg. Dr. Brüning (Ztr.) erklärte, daß die Regierungsparteien an dem Kompromiß festhielten. Sie würden jede anderweitige Verwendung der verprochenen Steuerentlastung von 500 Millionen ablehnen und könnten deshalb den deutschnationalen Antrag nicht billigen. Stimmen aber dem Antrag der Sozialdemokratie zu. Abg. Dr. Beder (D. Vp.) betonte, daß der Antrag Dreyer schon deshalb bedenklich sei, weil die Verhältnisse in den einzelnen Ländern bezüglich des Hausbesitzes ganz verschieden lägen. In der Abstimmung wurden die kommunistischen Anträge abgelehnt, dagegen die deutschnationalen Anträge angenommen wurde der Antrag Dreyer (Soz.), wonach in das Finanzausgleichsgesetz folgender Absatz eingefügt wird: Die Rente von 100 Prozent der Friedensrente darf bis zum 31. März 1927 nicht überschritten werden. Ausnahmen sind nur zulässig, soweit die Festsetzung einer höheren Rente erforderlich ist, um die in dem § 2 Abs. 3 und 4 vorgesehene Zumeinheitsbeiträge sicherzustellen. Soweit die Rente für die Zeit nach dem 1. April 1926 bereits höher festgesetzt ist oder die in dem § 2 Abs. 3 und 4 vorgesehene Zumeinheitsbeiträge bereits überschritten sind, bleiben die getroffenen Bestimmungen unberührt. — Unter Ablehnung aller anderen Anträge wurde der Satz der Umsatzsteuer auf 0,75 Prozent festgesetzt. Angenommen wurde dagegen ein Antrag Dr. Breyer (Dn.), der das Umsatzsteuergesetz wie folgt ändert: Von der Umsatzsteuer befreit werden ärztliche und ähnliche Dienstleistungen, Arznei-, Heil- und Hilfsmittel, soweit ein Entgelt dafür von den reichsgerichtlichen Versicherungsträgern, den Krankenkassen der selbständigen Gewerbetreibenden und Gewerbetreibenden, sowie den Erbschaften zu zahlen sind. Dasselbe gilt auch für die Heilanstalten und Krankenhäuser, soweit sie des Weiteren für den Auftrag von reichsgerichtlichen Versicherungsträgern durchzuführen. Dasselbe gilt auch für Anstalten (solcher landwirtschaftlichen Erzeugnisse, die landwirtschaftlichen Arbeitern und Angehörigen als Vergütung für die geleisteten Dienste von dem Arbeitgeber gewährt werden (Deputate) und für die Umsätze der daraus für die Wirtschaft der Arbeiter und Angestellten hergestellten Erzeugnisse. Angenommen wurde ferner folgende Entschärfung der Regierungsverordnungen: Die Reichsregierung wird ersucht, eine teilweise Befreiung des Eigenverbrauchs von der Umsatzsteuer bei selbstwirtschaftenden Landwirten bezgl. der mitarbeitenden Familienangehörigen ab 1. April 1926 einzutreten zu lassen. — Obgen. die Aufhebung der Luxussteuer wurde kein Einspruch erhoben. Als Termin für die Aufhebung der Luxussteuer wurde einstimmig in der Fassung des Steuerkompromißes abgelehnt. In der 1. April festgehalten. Es folgte die Beratung der Fusionssteuer. Nach eingehender Beratung wurde die Fusionssteuer in der Fassung des Steuerkompromißes angenommen. Dierauf wurde die Weiterberatung auf Freitag vormittag 9 Uhr vertagt. Schluß gegen 12 1/2 Uhr.

## Ausland.

Paris, 25. März. Aus Sibirien werden schwere Kämpfe zwischen Franzosen und Russen gemeldet.

Tokio, 25. März. Der Koroner Bokurotsu und seine japanische Gittin wurden wegen geplanten Mordes gegen Mitglieder des kaiserlichen Hofes zum Tode verurteilt.

## Militärabmachungen zwischen Paris und Belgrad?

Paris, 25. März. In dem schmerzhaften Brief „Avenir“ schreibt der bekannte Publizist Bardoux folgendes über die Verhandlungen zwischen Briand und Nintchitsch: In Briand's Hand befindet sich ein glänzendes Mittel, um das Ausland seiner in Genf begünstigten Diplomatenkunst wieder zurückzuführen, und der Außenminister braucht nur den nach dem Modell des französisch-schweizerischen Vertrages entworfenen Pakt zu unterzeichnen, den ihm Herr Nintchitsch vorgelegt hat. Nintchitsch bleibt der Politik seines Landes treu und sucht seine Sicherheit außerhalb des Balkans, denn er kennt die Gefahren, die sich aus der unsicheren Lage auf dem Balkan ergeben und glaubt an die Möglichkeit eines österrömisches-deutsches Sordrängens nach Osteuropa. Der sibirische Staatsmann weiß ferner, daß ein französisch-schweizerischer Pakt die unerlässliche Ergänzung der italienisch-serbischen Vereinbarungen bilden muß. Er will von uns eine Garantie. Bardoux tritt für den Abschluß des französisch-schweizerischen Vertrages mit allem Nachdruck ein. Er erblickt in dem Zustandekommen eines Bündnisses zwischen den beiden Ländern die Fortsetzung der französischen Politik, die den Kleinstaat Österreichs stets gewonnen war. Sollte die Mitteilung Bardoux hinsichtlich der Abgeschlossenheit des französisch-schweizerischen mit dem französisch-schweizerischen Vertrage stimmen, so würde es sich um eine Allianz handeln, in der wichtige militärische Vereinbarungen vorgehen sind. In dieser Hinsicht ist die Mitteilung des gut informierten Publizisten Bardoux von Wichtigkeit. Nintchitsch's Erklärungen in dem Belgrader Parlament klangen beruhigender als die im heutigen „Avenir“ enthaltenen Angaben.

## Aus Stadt und Bezirk.

### Sonntagsgebanten.

#### Karwoche.

Jeder von uns wünscht, daß bei seinem Arbeiten etwas herauskommt. Wir sollten es mit unserm Leiden auch so halten.

In Reiden und Württemberg ist die Kunst gute. In der Verfertigung des Gottes, der sich zornig stellt, und sich bestrebt zu ihm zu verfeinern, denn sich empfindet. Hier steht er unter den Reiden, die uns gleich wie eine Wand vor ihm stehen.

wollen verborgen und hebt doch auf mich und läßt mich nicht, denn er steht in Gnaden bereit zu helfen und durch den Heister des dunkeln Glaubens läßt er sich sehen.

Christus und sein Wort und Werk und Leiden sollst du auf zweierlei Weise lassen. Christus als eine Gabe nützt deinen Glauben und macht dich zum Christen. Aber Christus als ein Vorbild über deine Werke: die machen dich nicht zum Christen, sondern geben aus von dir als Christen, der schon zuvor gemacht ist.

Neuenbürg, 25. März. Die Einheitskurzschrift, die bekanntlich dem Reichsministerium des Innern unterstellt, bringt immer in weitere Kreise ein. Reich und Länder fördern die Einführung und Verwendung bei ihren Behörden nach Möglichkeit. Erlasse von Zentralbehörden weisen darauf hin, daß nach Ablauf einer gewissen, nicht allzu lang bemessenen Frist im Bedarfsfällen nur noch die Einheitskurzschrift verwendet werden darf. Das Württ. Staatsministerium hat angeordnet, daß vom 1. Oktober 1926 an in den Schreib- und Kanzleibüros nur noch Beamte und Angestellte eingestellt werden, die die Einheitskurzschrift beherrschen. Für jeden vorwärtsstrebenden Beamten und für jeden kaufmännischen Angestellten, der auf seine Fortbildung Wert legt und eine gut besetzte Stellung erhalten will, ist die Beherrschung der Kurzschrift eine absolute Notwendigkeit. Auf ihrer praktischen Ausübung beruht ein guter Teil der wiederaufbauenden Tätigkeit des deutschen Volkes und die Steigerung der Arbeitsleistung auch auf diesem Gebiet. Dente durchdringt die Kurzschrift das ganze öffentliche Leben, sie ist nicht nur geschäftlich, sondern unentbehrlich geworden. — Dem Kurzschrift-Unterricht erwachsen dadurch größere Aufgaben als bisher und es ist deshalb sehr zu begrüßen, daß auch in Neuenbürg in Fortsetzung des Anhängers bei genügender Beteiligung ein Fortbildungskurs folgt, der zur Hochleistung führt. Auch die Redaktionskurzschrift zeichnet sich wie der Anfangsunterricht durch leichte Erlernbarkeit und große Schreibfertigkeit aus. Der Fortbildungskurs beginnt am Sonntag 27. März 10 1/2 Uhr abends im Rechenaal des Schulhauses. — Anmeldungen an G. Köhler, Alte Postbeamterstr. 288; auch an den zwei nächsten Unterrichtsabenden, am 27. und 31. März, können im Schulhaus von 8-9 Uhr abends noch Anmeldungen erfolgen. — Für Maschinenschreiben werden ebenfalls Anmeldungen entgegengenommen. Es ist von besonderem Vorteile, daß mit den Stenographie- und Maschinenschreibern auch unregelmäßiger Korrespondenz-Unterricht verbunden ist. Der Unterricht wird in allen Fächern so erteilt, daß jeder strebsame Teilnehmer auch wirklich praktische Kenntnisse und Fertigkeiten erlangen kann, um im Geschäfts-, Staats- und Privatleben einen nennenswerten Gewinn zu erzielen.

Neuenbürg, 27. März. Wiederum um 4 Uhr ertönte heute früh die Sirene und die Feuerlöcher. In dem Hinterhaus von Rudolf Eberle an der alten Postbeamterstraße war in der Wohnung von Zimmermann Wilhelm Strecker infolge Ueberheizung Feuer ausgebrochen. Dem energischen Jagreifen von Nachbarn und durch den Inhaber der Wohnung gelang es, das Feuer, ehe es größeren Umfang annahm, durch Wasserpumpe und Wasser im Entstehen zu unterdrücken, so daß die noch herbeigekommene Feuerwehr nicht mehr in Tätigkeit zu treten brauchte. Der Sach- und Mobiliar Schaden ist nicht von großer Bedeutung.

Neuenbürg, 27. März. Die Gewerbebehörde veranstaltet morgen Sonntag im Rechenaal des Schulgebäudes eine Ausstellung der im Schuljahr 1925/26 gefertigten Schülerarbeiten, der praktischen Vorkursarbeiten und der anlässlich der Gefellenprüfung hergestellten Gesellenstücke. Im Rechenaal findet heute Sonntag und morgen Sonntag eine Ausstellung von Vorkursarbeiten der Frauenarbeitschule statt. Zur Vorkursprüfung sind alle Interessenten, namentlich die Lehrherren und Eltern der Schüler und Schülerinnen eingeladen. (Siehe Anzeige.)

Wetterbericht. Unter dem Einfluß des nördlichen Hochdrucks ist für Sonntag und Montag Fortsetzung des trockenen, vielfach heiteren, nachts frohigen, aber tagsüber milderen Wetters zu erwarten.

Wienfeld, 25. März. (Wie die Saat, so die Ernte!) In wenigen Tagen schon beginnt die Frühjahrsaat, die Ausfaat des Sommergetreides, auf dessen Erfolg der Landwirt heute schon finanzielle Hoffnungen aufbaut. Die heutige Knappheit der gelblichen Betriebsmittel zwingt nicht nur zur äußersten Sparsamkeit, sondern auch zu allerhöchster Handhabung des Rodensittes. Nichts wäre aber verkehrter, als wenn man am kalten Platte den Spachel ansetzen, also 1. V. am Sonntag Wienfeld-Bezüge waren wollte, um dadurch Markbeträgen verlustig zu geben. Was nicht es, unsere Böden sorgfältig zu bearbeiten und gut zu düngen, wenn das dem Ackerboden anvertraute Saatgut minderwertig ist und Krankheitsbefall zeigt. Minderwertiges Saatgut enthält eine Menge von Unkrautkeimen und sog. Bruchkörnern. Ernte nehmen, wenn sie aufgegeben sind, den Kulturpflanzen die so wichtigen Nährstoffe weg und letztere liefern nur unvollkommene oder überhaupt keine Pflanzen. Es ist ein geradezu unverantwortlicher Luxus, solches Getreide auf den Acker zu werfen, wo es nur schadet, statt es besser in Form von Schrot an das Vieh zu verfüttern. Deshalb kein Getreide unfortiert und ungeremigt in den Boden. Also Landwirte: Originalsaatgut bietet die beste Gewähr für die Erfüllung obiger Forderungen.

## Neueste Nachrichten.

Vom Oberland, 25. März. (Des Vaters Beruf.) In einer kleinen Landkirche wurde als Dankgabe des Kampfbundes „Der Beruf meines Vaters“ gefeiert. Am nächsten Tag sollte ein Schüler des 6. Schuljahres seinem Lehrer eine Ausstellung







